

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

Schutz der Konsumenten wird verbessert

Bern (AP) Der Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten wird verbessert. Der Bundesrat hat das neue Gesetz über den Konsumkredit (KKG) und das revidierte Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) auf den 1. April in Kraft gesetzt. Wie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) am Montag mitteilte, verlangt das KKG eine richtige und ausführliche Information des Kreditnehmers, insbesondere über die Höhe des Zinses, den er für die Kreditgewährung bezahlen muss; es ist nur auf Konsumkredite bis zu 40 000 Franken anwendbar. Mit dem revidierten UWG kann der Richter neu verlangen, dass der Werbende die Wahrheit seiner Aussagen beweist, wenn ein Konkurrent, ein Konsument oder eine Konsumentenorganisation geltend macht, dass die Werbung unwahre Behauptungen enthält. Bisher musste der Kläger beweisen, dass die Werbung unwahr ist, wie aus der Mitteilung hervorgeht.

Ältestes Schweizer Haus entdeckt

Moudon (AP) Auf das bisher älteste Haus der Schweiz sind Experten im waadtländischen Moudon gestossen. Es datiert gemäss Analyse des Forschungslabors von Moudon aus dem Jahr 1280, wie das Waadtländer Baudepartement am Montag mitteilte. Bislang galt das 1291 erstellte Haus in Bethlehem bei Immensee (SZ) als das älteste Schweizer Haus. Die Zeitbestimmung wurde aufgrund des zur Konstruktion verwendeten, gut erhaltenen Holzes möglich. Die Datierung des Hauses sei die Krönung einer Reihe von Entdeckungen in dieser Gegend, schreibt das Departement.

Erfolg für Tessiner Stellenbörse

Bellinzona (AP) Die von der Tessiner Regierung im Februar lancierte Stellenbörse für das Gastgewerbe ist erfolgreich verlaufen. In der zweitägigen Aktion sind rund ein Drittel der gemeldeten Stellenlosen vermittelt worden, wie Regierungsrat Dick Marty vor der Presse sagte. Auch die Kantone Wallis, Graubünden und Uri haben Interesse an dem Modell angemeldet.

Ende Januar wies der kantonale Sektor Gastgewerbe 2130 Stellenlose bei über 1050 offenen Stellen auf, wie Volkswirtschaftsdirektor Marty an der Pressekonferenz am Montag in Bellinzona sagte. Rund 750 der Stellenlosen fanden vor dem Börsendatum vom 10. Februar Arbeit. Knapp 850 Leute kamen an die Börse, wobei 184 als nicht brauchbar befunden wurden. Für sie wurden laut Marty Kellnerkurse organisiert.

EU droht Griechenland

Athen (AP) Die Europäische Union hat ihrem Mitgliedstaat Griechenland mit der Anrufung des Europäischen Gerichtshofs gedroht, falls die Regierung in Athen, ihr Embargo gegen die Nachbarrepublik Mazedonien nicht unverzüglich aufhebt. Nach einem Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreu sagte EU-Aussenkommissar Hans van den Broek am Montag vor Journalisten, sollte sich das Embargo in der Woche nach Ostern noch in Kraft befinden, werde man rechtliche Konsequenzen ziehen.

Freie Marktwirtschaft oder Festlegung von Mindestlöhnen?

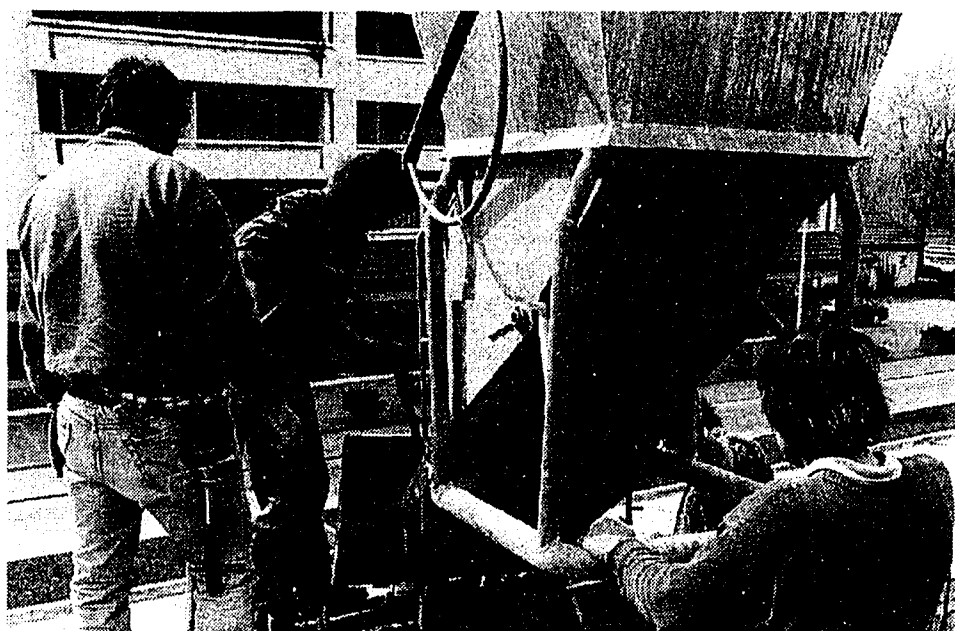
Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) setzt Debatte über Mindestlohnvorschriften fort – Landtag hatte Gesetz abgelehnt

(G. M.) – Die Frage von Mindestlohnvorschriften auf gesetzlicher Basis beschäftigt seit einigen Jahren die Politiker, die Arbeitnehmer und auch die Unternehmer. Der Landtag lehnte vor einem Jahr mit knapper Mehrheit ein Eintreten auf einen Gesetzesvorschlag zur Festlegung von Mindestvorschriften für Löhne ab. An der Delegiertenversammlung des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) vor gut einer Woche wärmte der abtretende LANV-Präsident Alfons Schädler diese Thematik wieder auf. Freie Marktwirtschaft oder staatliche Intervention ist die Frage.

Mit starken Worten begleitete der LANV-Präsident seine Berichterstattung über die Entwicklung der Sachfrage Mindestlohnvorschriften. Als «betrübbliche Angelegenheit» bezeichnete er die Vorgehensweise von Regierung und Landtag, die letztlich zu einer Ablehnung der Gesetzesvorlage im Parlament führte, nachdem die Regierung in ihrem begleitenden Bericht eine Reihe von Bedenken angeführt hatte.

«Fadenscheinige Begründung?»

Der nicht mehr in den Landtag gewählte LANV-Präsident, der 1989 mit Fraktionskollegen eine Motion zum Erlass von Mindestlohnvorschriften eingereicht hatte, stellt in seinem Rückblick auf die parlamentarische Behandlung der Gesetzesvorlage fest, dass sie «aus fadenscheinigen Gründen» zurückgewiesen worden sei. Dem Landtag warf er vor, die «Volkvertretung (habe) mit un-



Braucht es Mindestlohnvorschriften oder nicht? Konkrete Zahlen über Verletzungen der bestehenden Richtlinien gibt es nicht, der Arbeitnehmerverband aber fordert weiterhin gesetzliche Vorschriften. (Archivbild)

gleichen Ellen gemessen», der Rückweissungsbeschluss stelle einen «Faustschlag ins Gesicht der Arbeitnehmerschaft» dar. Die Haltung des Landtags brandmarkte er als «asoziale Arroganz gegen die schwächsten Glieder in unserer Volksgemeinschaft», überdies forderte er die LANV-Mitglieder auf, sich darüber eine eigene Meinung zu bilden und die «Konsequenzen daraus zu ziehen».

Handlungsbedarf nur bei Einzelfällen?

Der Landtag machte sich die Sache mit den Mindestlohnvorschriften freilich

nicht so einfach, wie das die Tirade des scheidenden LANV-Präsidenten vermuten lassen könnte, denn immerhin füllt die Debatte im Landtagsprotokoll 28 volle Seiten mit zumeist skeptischen bis ablehnenden Diskussionsbeiträgen.

Als erster Redner hatte der VU-Abgeordnete Egon Gstöhl damals zwar einen «Handlungsbedarf» geortet, doch erschienen ihm gesetzliche Bestimmungen für Einzelfälle als überzogen: «Diese Vorlage beabsichtigt einen Eingriff des Staates in das Individualarbeitsrecht und ist im Hinblick auf die Vertragsfreiheit

sehr problematisch». Der Landtag wollte zwar den Arbeitnehmern den Schutz nicht absprechen, doch erachtete eine Mehrheit der Abgeordneten einen staatlichen Eingriff als zu weit gehend. Die Vorlage zeichne ein «Bild des schutzlosen, ja fast erpressten Arbeitnehmers», kritisierte der FDP-Abgeordnete Carl Kaiser, «den Arbeitnehmern spricht sie Selbstbewusstsein und Bildung ab, indem sie eine Lohngestaltung vorsieht, die letztlich staatlich verordnet ist.»

Konkrete Daten fehlen

Im Landtag waren auch Stimmen zu vernehmen, die sich für den Erlass von Mindestlohnvorschriften einsetzten, insbesondere auch für ausländische Arbeitskräfte. Wie aus dem Regierungsbericht hervorging, besteht über die Fremdenpolizei eine Kontrolle der Fremdarbeiterlöhne. Der FL-Abgeordnete Paul Vogt erklärte jedoch, dass nach seinen Erkundigungen die Fremdenpolizei keine Kontrollen über Mindestlöhne mache. Da hier Regierungsbericht und Fremdenpolizeiaussagen auseinanderklaffen, besteht zweifellos ein Handlungs- oder Erklärungsbedarf.

Ein weiterer Handlungsbedarf eröffnet sich im Bereich der Notwendigkeit von Mindestlohnvorschriften, überprüft und erhärtet an konkreten Daten und Fakten. Der Regierungsbericht sprach nur von «vereinzelt Problemfällen», während der LANV-Präsident einen ganz anderen Eindruck erweckte mit seinem jüngsten Rundumschlag.

Muss sich die Gemeinde Schaan nach der Decke strecken?

Fragen zur Reservepolitik und zum Finanzausgleich nach der Abstimmung über den Steuerzuschlag in der Gemeinde Schaan

(G. M.) – Das Abstimmungsergebnis in der Gemeinde Schaan vom Wochenende stellt keine grosse Überraschung dar. Wenn die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen werden, über den persönlichen Steuerbetrag zu entscheiden, werden sie sich in der Regel für die niedrigen Abgaben aussprechen. Damit bleibt der Gemeinde Schaan nichts anderes übrig, als weitere Sparanstrengungen zu unternehmen und die Investitionsvorhaben auf einen grösseren Zeitraum zu erstrecken. Dennoch stellen sich Fragen nach der Reservepolitik und nach dem System des Finanzausgleichs.

Die Gemeinde Schaan erhält seit ein paar Jahren nicht mehr den landesüblichen Gemeindesteuerzuschlag von 200 Prozent wie die anderen zehn Gemeinden unseres Landes, sondern musste sich seit der Abstimmung von 1990 und auch weiterhin mit einem Zuschlag von 170 Prozent bescheiden. Nach Auffassung des Gemeinderates, veröffentlicht in der Informationsbroschüre zur Abstimmung, haben die Schaaner Behörden in den letzten Jahren eine «konsequente Sparpolitik» verfolgt.

Diese Sparpolitik, die nun weitergeführt werden muss, hatte nach Darstellung des Gemeinderates zur Folge, dass die laufende Rechnung für das Jahr 1993 eingefroren und für 1994 lediglich an die Teuerung angepasst wurde. Ferner wurde ein Personalstopp für die Gemeindeverwaltung erlassen, und Investitionsprojekte wurden entweder zurückgestellt oder auf mehrere Jahre verteilt. Dieser Sparpolitik steht der Gemeinderat, obwohl bisher durchgeführt, für die nähere Zukunft sehr skeptisch gegenüber. «Inzwischen ist die Gemeinderrechnung an einem Punkt angelangt», heisst es, «an dem kaum noch Einsparungen möglich sind, ohne den Lebensstandard der Einwohnerschaft zu schmälern». Unter Beibehaltung des seit 1990 geltenden, herabgesetzten Steuerzuschlags von 170 Prozent, prophezeite der Gemeinderat vor der Abstimmung, würden die Fi-

nanzreserven der Gemeinde bis 1996 auf etwa 5 Millionen Franken schrumpfen, während sie jetzt noch etwa 15 Millionen betragen. Mehr noch: «Die grossen Aufgaben der Zukunft könnten nur noch teilweise mit eigenen Mitteln finanziert werden». Die Gemeinde Schaan wird sich damit langsam der Situation des Staates annähern, weil wegen des geringeren Steuerzuschlags als in anderen Gemeinden auch der Finanzausgleich des Staates ausbleibt. Wie in der Gemeinde Schaan waren auch auf Landesebene viele der Auffassung, dass genügend Reserven vorhanden seien, die jedoch gemäss Finanzplanung in relativ kurzer Zeit zu Ende gehen werden. Anders als die Gemeinden kann sich der Staat jedoch mit Steuererhöhungen oder mit einer Neufassung des Steuergesetzes auseinandersetzen, um zusätzliche Einnahmen zu erhalten. Zumindest hat die Regierung ihre Absicht erkennen lassen, die erforderlichen Geldmittel über Steuererhöhungen (zuerst über die Hol-

ding- und Sitzgesellschaften) zu beschaffen. Überdies ist dem neuesten Vernehmlassungsbericht der Regierung zu entnehmen, dass sie Abklärungen in Richtung Steuergesetzrevision vornehmen wird, um das Steuerrecht «schrittweise den heutigen Anforderungen anzupassen». Dabei soll das Ziel im Vordergrund stehen, «die Einnahmen des Staates und der Gemeinden nicht zu verringern».

Die Gemeinde Schaan, die nicht über diese Mittel verfügt, könnte in den nächsten Jahren damit in die unangenehme Situation kommen, im Vergleich zu anderen Gemeinden einen Leistungsabbau vornehmen zu müssen, sofern das geltende System des Finanzausgleichs und der Subventionszusprache nicht geändert wird. Allein an Bauprojekten stehen in der Gemeinde Schaan Investitionen von rund 70 Millionen Franken, verteilt auf die nächsten 5 bis 10 Jahre, nach einer Darstellung des Gemeinderates an.

Schweizerischer Sozialhilfedschungel soll durchforstet werden

Nationales Forschungsprogramm legt Grundlage für eine schweizerische Sozialhilfestatistik – Arbeitslose Hauptbezüger der Fürsorgegelder

Bern (AP) In der schweizerischen Sozialhilfe drängen sich nach Befund dreier Nationalfondsstudien eine Harmonisierung und ein Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen auf. Die Unterschiede bei der Ausrichtung von Fürsorgegeldern seien beträchtlich und die Gefahr willkürlicher Behandlung Bedürfnis gross, wurde am Montag in Bern erklärt. Die Arbeitslosen belasten die Fürsorge zunehmend.

Die schweizerische Sozialhilfegesetzgebung eröffne den Behörden grosse Ermessensspielräume, sagte der Soziologe François Höpflinger an einer gemeinsamen Pressekonferenz des Schweizerischen Nationalfonds und des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV). Deshalb sei die Rechtssicherheit relativ gering und die Gefahr rechtsungleicher

oder gar willkürlicher Behandlung von Hilfesuchenden entsprechend gross. Als schwarzes Loch, wo niemand wisse, wieviel wohin gehe, schilderte Jürg Sommer, Programmleiter des Forschungsprogramms «Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit», die Situation. Mit der Untersuchung legten die Forscher nun die Basis für eine nationale Sozialhilfestatistik.

Eine solche sei dringend nötig, gaben sich auch die Vertreter des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) überzeugt. Die Schweiz brauche unbedingt gesamtschweizerisch eine Anzahl von Schlüsseldaten, sonst stiessen Bund und Kantone mit ihren sozialpolitischen Massnahmen immer mehr ins Leere, sagte Ernst Zürcher, Sekretär der Fürsorgeleiterkonferenz.



Vertreter schweizerischer Sozialhilfeorganisationen informierten gestern über eine neu erarbeitete Grundlage zur schweizerischen Sozialhilfe. (Bild: key)